

Politik auf den Punkt gebracht

Hermann Färber MdB informiert

Ausgabe 2014/20 - 21. Oktober 2014

Auswärtige Sitzung
des Ausschusses für
Ernährung und Landwirtschaft
Bundeswehr
Rede zu Protokoll des Bundestages
EU-Ökoverordnung
Pflegereform
Streik
Aktuelle Termine

Auswärtige Sitzung des Ausschusses Ernährung und Landwirtschaft



Bild: Deutscher Bundestag/Eisel

Vor kurzem nahm ich an der auswärtigen Sitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft beim Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) auf der Insel Riems, nahe Rügen, teil. Das FLI ist das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit und erforscht in erster Linie Infektionskrankheiten, Tierseuchen und zwischen Tier und Mensch übertragbare Infektionen. Das bundeseigene Forschungsinstitut nahm seine Arbeit 1910 als weltweit erste virologische Forschungsstätte auf und wurde in den letzten Jahren mit rund 300 Millionen Euro vom Bund für 69 neue Laboratorien und 63 Tierräumen auf rund 22.000 Quadratmetern Nutzfläche erweitert. Größte Erfolge feierte das Institut bei der Bekämpfung der Schweinepest sowie der Tollwut, die heute allesamt keine große Gefahr mehr für heimische Bestände aufweisen. Dennoch macht der aktuelle Ebola-Ausbruch deutlich, wie wichtig die Grundlagenforschung ist. Ich bin froh, dass wir in Deutschland eines der führenden Forschungsinstitute haben und halte es für wichtig die Forscherinnen und Forscher weiter mit aller Kraft zu unterstützen.

Bundeswehr

Mittwoch vor einer Woche gab es eine Aktuelle Stunde im Bundestag zu Problemen von Rüstungsprojekten bei der Bundeswehr. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen räumte dabei Missstände ein. Rüstungsprojekte würden beispielsweise Jahre zu spät und deutlich überteuert ausgeliefert, weshalb die Soldatinnen und Soldaten viel zu lange

mit betagtem Material arbeiten müssten. Um diese und andere Probleme anzupacken, setzt die Ministerin auf eine neue Rüstungspolitik. Auf Grundlage des im März in Auftrag gegebenen Rüstungsgutachtens, dessen Ergebnisse nun vorliegen, müsse eine schonungslose Analyse erfolgen. So müsse mehr in den Erhalt der vorhandenen Geräte investiert und ein effektiveres Management von Rüstungsprojekten erfolgen. Das beginne bereits bei der Ausarbeitung von Verträgen. Mögliche Regressforderungen gegenüber der Industrie seien nur möglich, wenn bei der Vertragsgestaltung sauber gearbeitet werde. Zudem wolle sie eine Rangordnung der Projekte und eine Debatte darüber, welche nationalen Schlüsseltechnologien Deutschland in der Rüstung brauche. Dies halte ich für den richtigen Ansatz!

Aber - wie auch die Ministerin betonte - ist nicht alles schlecht in der Bundeswehr. Sie genießt im internationalen Vergleich ein hohes Ansehen und wir sollten die Arbeit unserer Soldatinnen und Soldaten mehr wertschätzen. Aus Fürsorgepflicht ihnen gegenüber und im Interesse deutscher Sicherheitspolitik, müssen die Mängel so schnell wie möglich behoben werden. Die Bundeswehr als Einsatzarmee ist auf modernste Technik angewiesen - das gilt einmal mehr vor dem Hintergrund zahlreicher internationaler Krisenherde, vor denen wir nicht die Augen verschließen können.

Rede zu Protokoll des Bundestags

Am Donnerstag gab ich eine Rede zu Protokoll des Bundestages. Aus Zeitproblemen wurden mehrere Themen zu Protokoll gegeben und nicht vor dem Plenum gehalten, da die entsprechenden Tagesordnungspunkte erst spät in der Nacht aufgerufen wurden. Meine Rede beschäftigte sich mit dem Gesetz zum Erlass und zur Änderung von Vorschriften zur Durchführung unionsrechtlicher Vorschriften über Agrarzahllungen und deren Kontrolle zur Gemeinsamen Agrarpolitik. Hinter dieser sperrigen Bezeichnung steckt die Regelung der nationalen Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Owar umfasst diese punktuelle Verbesserungen für Landwirte, Umwelt und Verbraucher. Diesen positiven Aspekten steht allerdings ein erheblicher Bürokratiewachst entgegen. Zudem dauerte der gesamte Reformprozess viel zu lange und es fehlte den Landwirten bisher an jeglicher Planungssicherheit. Ich begrüße es daher sehr, dass der designierte EU-Agrarkommissar Phil Hogan ankündigte, die Reform bereits 2015 auf einen Prüfstand zu stellen. Meine Kollegen von der CDU/CSU-Fraktion und ich begrüßen diesen Vorstoß und bestärken den neuen Kommissar darin, Lösungen mit den Landwirten zu erarbeiten. Wir brauchen Lösungen statt Verbote - nach diesem Prinzip gestalten wir die bundespolitische Agrarpolitik und dasselbe sollte auch für die europäische Agrarpolitik gelten!

EU-Ökoverordnung

Ein weiteres großes landwirtschaftliches Thema stellt die EU-Ökoverordnung dar, mit der wir uns im Bundestag zuletzt intensiv beschäftigt haben. Hintergrund ist der Vorschlag der Kommission, die EU-Öko-Verordnung komplett neu zu strukturieren. Ziel sei dabei, das Verbrauchervertrauen in ökologische Produkte zu stärken, Qualitätsstandards zu verbessern und den Wettbewerb zu fördern. Tatsächlich allerdings stellt sich die Frage, ob die geltenden Regelungen nicht einfacher kontrolliert werden sollten. In einigen Mitgliedsstaaten gibt es bis heute erhebliche Umsetzungsprobleme, die auch durch eine komplett neue Verordnung nicht automatisch behoben werden. Darüber hinaus

ergibt sich für unsere Öko-Landwirte eine massive Verschlechterung der Planungssicherheit. Auch die Abschaffung der Ausnahmeregelung für ökologisches Saatgut halten wir für falsch, da der Markt derzeit einfach nicht mehr zur Verfügung hat.

Pflegereform



20 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung wurde im Bundestag am Freitag eine wichtige Reform verabschiedet, die Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte entlastet. Mit der Pflegereform wurde zweierlei beschlossen: Zum einen die Verbesserung der Pflegeleistungen ab dem 1. Januar 2015 und zum anderen die Schaffung eines so genannten Vorsorgefonds. Letzterer ist besonders wichtig, um auch künftig die Beiträge der Versicherten stabil zu halten, wenn geburtenstarke Jahrgänge in das typische Pflegealter kommen. Das schafft Generationengerechtigkeit. Konkret sieht das nun verabschiedete erste Pflegestärkungsgesetz folgendes vor:

- Anhebung der Leistungen für Pflege um 4 Prozent - jährlich über 2 Mrd. Euro mehr
- Erhöhung der gesamten Ausgaben für Pflege um ein Viertel
- Erhöhung des maximalen Zuschusses für Wohnungseinrichtungen um 1.500 Euro auf 4.000 Euro
- Entlastung von pflegenden Angehörigen durch Betreuung
- Ausbau von Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie Tages- und Nachtpflege als Entlastung für Angehörige
- Anspruch von Kurzzeit- und Verhinderungspflege auch für Demenzerkrankte
- Bessere Kombinationsmöglichkeiten von zeitlich befristeter vollstationärer Versorgung und vorübergehende Pflege
- Schaffung von 45.000 Betreuungskräften zur Entlastung in den Pflegeheimen
- Flexibilisierung von Leistungen für Angehörige

In einem zweiten Gesetz sollen weitere Schritte folgen, um Demenz noch stärker zu berücksichtigen. Die zweiteilige Pflegereform soll den Betroffenen einen würdevollen Lebensabend ermöglichen. Dies findet meine volle Unterstützung.

Streik

Wer in diesen Tagen auf das Flugzeug oder die Bahn angewiesen ist, muss viel Geduld aufbringen. Die Streiks der Gewerkschaften der Pilotenvereinigung Cockpit und der Lokomotivführergewerkschaft GDL sorgen für erhebliche Behinderungen. Der 50-stündiger Streik der Lokomotivführer im Fern- und Regionalverkehr, sorgte am Wochenende für Chaos, zumal in sieben Bundesländern die Herbstferien begannen und in zwei endeten. Ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt, um - obendrauf an einem Wochenende und somit der Hauptreisezeit - zu streiken. Das Streikrecht ist ein hohes verfassungsrechtliches Gut, doch es darf nicht von Minderheitengewerkschaften benutzt werden, um einen Großteil der öffentlichen Infrastruktur zu behindern! Ich begrüße es daher, dass die Große Koalition Anfang November einen Gesetzentwurf zur Tarifeinheit vorlegen will, um zu bewirken, dass Großunternehmen künftig nur noch mit der größten Gewerkschaft Tarife aushandelt und Spartengewerkschaften wie die Lokomotivführer ebenfalls daran gebunden sein werden. Somit wird letzteren ihr Streikrecht nicht ganz verwehrt, verhindert allerdings auch, dass sie auf Kosten der Allgemeinheit ihre Interessen durchsetzen. Darüber hinaus herrscht für alle Beteiligten mehr Planungssicherheit, was ich sehr begrüße.

Aktuelle Termine

Am **Mittwoch, 29. Oktober 2014** komme ich zu einer Bürgersprechstunde nach Geislingen in den Ratssaal des Rathauses. Alle Interessierten sind hierzu herzlich eingeladen.

Einen Tag später, am **Donnerstag, 30. Oktober 2014** setze ich meine Vor-Ort-Aktion in Süßen fort. Ab 18 Uhr findet im Gasthof Löwen ein politischer Stammtisch statt, zu dem ich Sie ebenfalls herzlich einlade.

Den kompletten Newsletter finden Sie auch nochmals auf www.hermann-faerber.de oder direkt hier:



Hermann Färber

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Süßen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de